



Ministerpräsident Helmut Kohl, als Landesvorsitzender der CDU Rheinland-Pfalz eine der treibenden Kräfte der Eingemeindungen von 1969, beim Eintrag in das Goldene Buch der Landeshauptstadt Mainz 1975. Dahinter: Der spätere Vorsitzende der SPD-Fraktion im Landtag Karl Thorwirth (links), der Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion im Mainzer Stadtrat und Abgeordnete des Landtages von 1967–1971 Heinz Laubach (2. v. r.) und Oberbürgermeister Jockel Fuchs (rechts).  
Quelle: Stadtarchiv Mainz

## Mainz wächst – die Eingemeindungen 1969

Am 3. Juli 1968 reichten die Fraktionen von CDU, SPD und FDP des rheinland-pfälzischen Landtags gemeinsam den Entwurf eines vierten Landesgesetzes über die Verwaltungsvereinfachung in Rheinland-Pfalz ein. Mit diesem sollte die 1966 begonnene Verwaltungs- und Territorialreform im Land fortgeführt werden. Vorgesehen waren die Zusammenlegung von 360 Gemeinden zu Verbandsgemeinden sowie die Eingliederung einiger weiterer Gemeinden in fünf kreisfreie Städte. Ziel der Abgeordneten war es, durch diese Gebietsreform die Verwaltungs- und Leistungskraft der Kommunen zu stärken. Der damalige SPD-Landtagsabgeordnete und Mainzer Oberbürgermeister Jockel Fuchs sowie der CDU-Landtagsabgeordnete und Fraktionsvorsitzende im Mainzer Stadtrat Heinz Laubach unterstützten den Gesetzentwurf – aus gutem Grund. Denn dieser sah vor, das Mainzer Stadtgebiet durch die Eingemeindungen von Drais, Hechtsheim, Laubenheim und Marienborn erheblich zu erweitern.

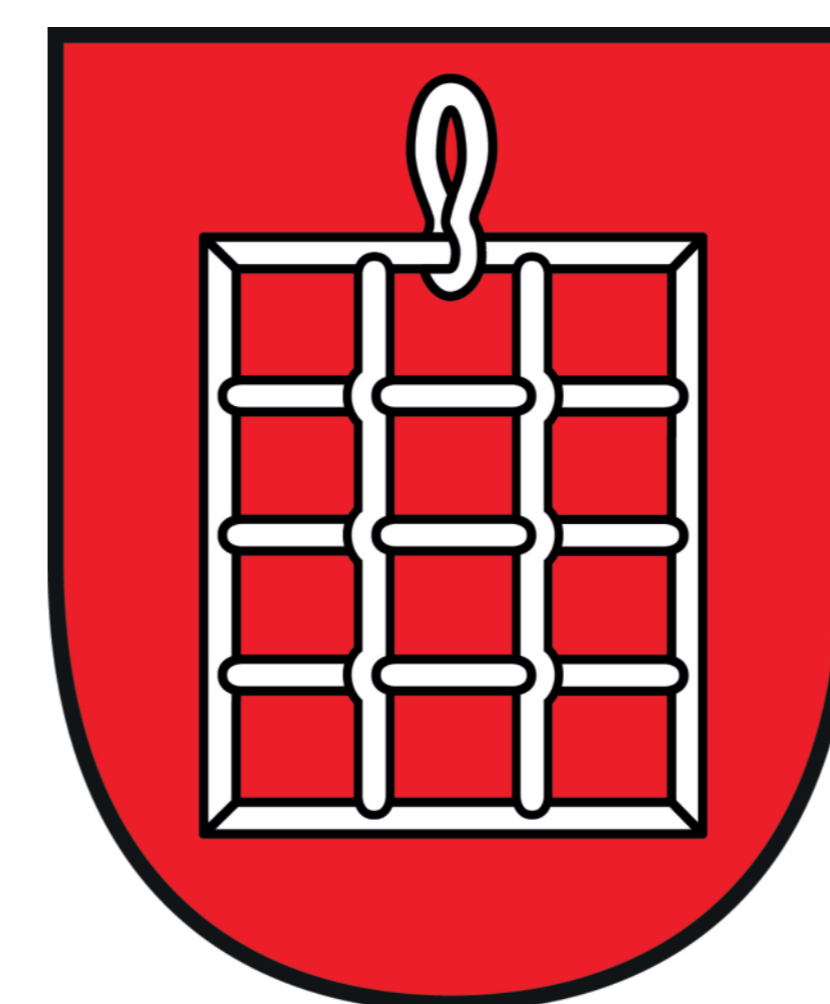
### Gegen die Eingemeindungen – Protest in den Dörfern

In den meisten Kommunen erhob sich hingegen eine Welle des Protests gegen den drohenden Verlust der Selbständigkeit. Vielerorts wurden Bürgerbefragungen initiiert. Sie hatten zwar keine rechtliche Wirkung, übten aber Druck auf die Landtagsabgeordneten aus, den vorliegenden Gesetzentwurf abzulehnen: In Drais, Hechtsheim, Laubenheim und Marienborn votierten über 80 Prozent der Abstimmenden gegen die geplante Eingliederung nach Mainz.

In der Landeshauptstadt reagierte man darauf mit der Veröffentlichung einer Denkschrift zur Unterstützung der Initiative des Landtags, die im September 1968 an alle Landtagsabgeordneten, Stadtratsmitglieder und Bürgermeister der Mainzer Umlandgemeinden versandt wurde. Und die Stadt ging sogar noch einen Schritt weiter: Sie forderte überdies nun auch die Einbeziehung von Finthen, Budenheim und Teilen der Gemarkung Bodenheim, was in den betroffenen Gemeinden scharfe Proteste auslöste.

### Neue Stadtteile – neue Perspektiven

Dass Mainz über gute Kontakte in die Landespolitik verfügte, zeigte sich dann bei der Abstimmung im Landtag am 17. Dezember 1968 über das „Vierte Landesgesetz über die Verwaltungsvereinfachung im Lande Rheinland-Pfalz“. Das Gesetz wurde mit der Ergänzung, neben den Gemeinden Drais, Hechtsheim, Laubenheim und Marienborn auch noch Finthen und Teile der Gemarkung Bodenheim nach Mainz einzugliedern, verabschiedet und trat zum 7. Juni 1969 in Kraft. Die Gemeinde Ebersheim hatte bereits im Februar 1969 auf freiwilliger Basis einen Vertrag mit der Landeshauptstadt zur Eingemeindung des Ortes abgeschlossen. Für Mainz brachte die vom Landtag beschlossene Gebietsreform schließlich eine Verdoppelung des Stadtgebietes und damit weiträumige Perspektiven für die künftige Stadtentwicklung.



Wappen der Landeshauptstadt Mainz und der sechs 1969 eingemeindeten Vororte Drais, Ebersheim, Finthen, Hechtsheim, Laubenheim und Marienborn (im Uhrzeigersinn).  
Quelle: Landeshauptstadt Mainz